

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr Alles!

Vereinzelt seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telephon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)
Hauptkassierer: Georg Treue, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind)
und der Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. —
Verkehrs- und Veranlassungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreispaltige Zeile. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag 12 Uhr
in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Meißnerstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgebühren zu senden sind. — Telephon: Nr. 4102.

Nr. 18. Auflage 85 000 Chemnitz, Freitag den 4. Mai 1906. Auflage 85 000 18. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und Webern und Weberinnen in Borsach (Weh. Buntweber), Textilarbeitern und Arbeiterinnen überhaupt in Bramsche, Landeshut in Schlesien, Rassel (Gröblich & Wolf), Wülhausen i. Ell., Baumwollwebern und Weberinnen in Dietikon bei Zürich, Seidenstoffwebern in Ober-Äster bei Zürich (Siegrist), Seidenwebern in Erzingen, Finsterwalde (Stehh), Webern in Rheydt (C. M. Juniers), Rotibus, Sommerfeld, Forst, Guben, Weiskau, Peitz, Spremberg, Gummitandwebern in Wien, Samtwebern in W. Gladbach (Gebr. Hölzermann), Spinnereiarbeitern in Ebersbach i. Sa. (Hermann Wünsche Erben), Posamentierern in Elberfeld-Barmen, Offenbach a. M., Webern in Schwab bei Erding, in Nachen, Spinnereiarbeitern in Haslau (Bez. Nsch), Auswärtigen in Hainichen (Glaser Nachf.), Zuteppern und Webern in Weida, in Delmenhorst, Färbereiarbeitern in Röpentin, Rheydt, Bleibern in Friedland Bez. Breslau (Arnul), Webern, Spinnern, Spülerinnen u. in Rheine, Färbern in Spindlersfeld bei Röpentin (W. Spindler), Tritoewern in München (Selmer & Lewl), Textilarbeitern aller Art in Osabrück (F. S. Sammler).

Unsere Generalversammlung.

Die Delegierten werden alle in ihrer Heimat zurückgelassen sein in dem erhebenden Bewußtsein, daß an dem Ausbau des Verbandes gearbeitet zu haben. Ihre Arbeit war auch wirklich eine tüchtige, und dieser Tüchtigkeit entspricht der Erfolg, von dem ihre Arbeit gekrönt war. Dieser Erfolg liegt namentlich in der Ueberwindung von Allem durch Neues.

Das ist besonders von der beschlossenen Zusammenlegung von Verbandsvorstand und Verbandsorgan zu sagen. Wie feinerzeit die lokalen Fachvereine dem Zentralverbande weichen mußten, so mußte auch die Isolierung des Verbandsorgans, wenn man es bisher so nennen durfte, durch Verschmelzung beider Faktoren zu einem einzigen Faktor beseitigt werden. In Zukunft wird zwar die Redaktion auch wie bisher und jetzt noch ein Arbeitsbetrieb für sich sein, dennoch aber im Gegensatz zu bisher und jetzt ein Teil des zentralen Verwaltungskörpers sein.

Man kann der Meinung sein, daß dadurch die Redaktion an Selbstständigkeit einbüße, daß sie unbemerkt und unbewußt von den Ansichten des Vorstandes beeinflusst werde. Diese Annahme erscheint uns nicht als eine irrige; sie wird gewiß durch die Tatsachen ihre Bestätigung erfahren. Aber gerade d a r i n erblicken wir den Fortschritt der beschlossenen Neuerung. Das Fachblatt soll ja ein Moniteur des Verbandes sein. Und der Verband wird in seinem Vorstand repräsentiert. Alle Neuerungen des Verbandsorgans müssen als solche von dem Verbandsvorstande moralisch mit gedeckt werden können, wenn sie für den Verband nützlich wirken sollen. Und das letztere kann doch nur der Hauptzweck des Verbandsorgans sein. Es ist daher unerlässlich, daß bei großen Fragen nicht die Meinung des Redakteurs allein maßgebend sein darf, sondern daß zwischen ihm und dem Vorstande eine Verständigung gesucht werden muß, bevor im Fachorgan die Veröffentlichung erfolgt. Diese Verständigung könnte jetzt zwar auch gesucht werden, unterbleibt aber naturgemäß bei der Entfernung, die zwischen Redaktion und Vorstand liegt, und zwar umso leichter, je mehr der Redakteur sich in dem — vielleicht irrigen — Glauben befindet, mit seinen Auslassungen dem Verbande zu nützen, was natürlich in jedem einzelnen Falle zu verzeichnen ist. Das schließt aber nicht aus, daß er nach Ansicht des Vorstandes das direkte Gegenteil von dem erzielt, was er erzielen will, die Taktik des Vorstandes völlig durchkreuzt. Das kann nicht vorkommen, wenn er sich mit dem Vorstande in fortwährendem Kontakt befindet und dessen Ansichten kennt. Wo er sie aber noch nicht kennt, bietet sich ihm reichlich Gelegenheit, sie kennen zu lernen und sich entweder den Ansichten des Vorstandes anzupassen, oder denselben für sich zu gewinnen. Erst wenn keine Ueberzustimmung in den Ansichten erzielt werden kann, der Redakteur aber seine abweichende Meinung durchaus nicht unter den Scheffel stellen will, wird er dann seine gegensätzliche Auffassung der Dinge im Fachorgan zum Ausdruck bringen. Er wird es dann aber in wesentlich anderer Form tun, als wenn er sich mit dem Vorstande nicht auseinandergesetzt hätte, denn der Gedankenaustausch mit dem Vorstande, der in irgend einer Frage einen dem seinen diametral gegensätzlichen Standpunkt einnimmt, wird seine eigene Ansicht immerhin so weit beeinflussen und korrigieren, daß sie der des Vorstandes näher kommt. Oder er wird die Ansichten des Vorstandes zu korrigieren im Stande sein, wodurch sich vielleicht manche Auseinandersetzung im Blatt erübrigen würde.

Wie sehr veraltet der jetzt noch bestehende Zustand ist, das hat sich wiederholt daran gezeigt, daß Auslassungen der Redaktion, die sich zum Teil gegen den Verbandsvorstand richteten, als dessen Neuerungen aufgefaßt wurden. Man versteht eben — am wenigsten aber im Lager der Unternehmer — einen

Zustand nicht mehr, unter dem es möglich ist, im Verbandsorgan gegen die Spitze des Verbandes loszugehen. Aber der Redakteur war in diesem Zustand so eingelebt, daß er eine Verwechslung seiner Ansichten mit denen des Vorstandes für ausgeschlossen erachten mußte. Aus alledem mußte sich aber für den ganzen Verband die Lehre ergeben, daß das sogenannte Verbandsorgan zum wirklichen Verbandsorgan gemacht werden müsse; wenn man, wie es geschehen ist, den Verbandsvorstand für die Neuerungen des Fachorgans verantwortlich macht, ja dieselben als seine eigenen ansieht, obwohl sie deutlich erkennen lassen, daß es persönliche Meinungsäußerungen des Redakteurs waren, so muß der Einfluß des Verbandsvorstandes auf die Haltung des Blattes ein größerer werden, muß der Vorstand gewissermaßen auf die Gestaltung des Inhalts des Blattes ein Mitbestimmungsrecht haben. Das kann für den Redakteur zwar persönlich unangenehm, für die Organisation aber nur von Nutzen sein. Sollte aber die so herbeigeführte Meinungsgemeinschaft in den leitenden Körperschaften zu geistiger Verflüchtung führen — der einzige Nachteil für die Organisation, den wir uns denken können, den wir aber keineswegs voraussehen oder gar fürchten —, so würden die Mitglieder schon durch Einsetzung von lebhaften Heften in den Karpfen-tisch Wandel schaffen.

Von ähnlichen Ansichten scheinen alle Delegierten in Mülhausen geleitet worden zu sein, denn es erhob sich auch nicht eine Stimme für Aufrechterhaltung der bisherigen Zustände. Die moderne Auffassung der Dinge hatte schon über einst notwendig — wenn auch nicht praktisch — gewisse Einrichtungen den Sieg davongetragen, bevor man an die Behandlung der Materie ging; gegen die Verschmelzung von Verbandsvorstand und Redaktion sprach kein Delegierter. Die dafür waren, daß das Fachorgan in Chemnitz verbleiben sollte, hatten keine Opportunitätsbedenken dagegen, daß der Verbandsvorstand auch hierher verlegt würde; die gegen Chemnitz als gemeinsamen Sitz geltend gemachten Einwendungen entsprangen nur Erwägungen rechtlicher Art. Wer weiß, ob nicht Chemnitz zu gemeinsamem Sitz bestimmt worden wäre, wenn wir schon ein Reichsvereinsgesetz hätten!

Die Arbeitslosenunterstützung wird nun wohl nach Verlauf weiterer zweier Jahre zur Einführung kommen. Damit würde eine Unterstützungsart eingeführt, die vor allen anderen deshalb den Vorzug verdient, weil sie mit den Zwecken der Gewerkschaft am besten zu vereinbaren ist. Unterstützung bei Arbeitslosigkeit ist ein ausgezeichnetes Mittel, das Angebot von Arbeitskräften zu verringern und vor weiterem Lohnbrud zu bewahren. Durch die Arbeitslosenunterstützung wird auch das durch Annahme einer Resolution zu Gunsten von Einheitslohntarifen zugutet getretene Bestreben unterstützt, zu festen Lohnsätzen zu gelangen und solche aufrecht zu erhalten. Kommt dazu noch eine Erhöhung der Streik- und der Gemahregeltenunterstützung, so wird die Tätigkeit jedes einzelnen Mitgliedes für die Organisation und deren Zwecke bedeutend reger und die Aktionsfähigkeit des Verbandes nicht wenig gehoben werden.

Zur Stärkung der Mitgliederzahl wird auch die beschlossene Staffellung der Beiträge und die Sterbeunterstützung beitragen. Alles in allem genommen, kann also der Verband mit größter Befriedigung auf die Arbeiten seiner Vertreter zurückblicken. Sind wir schon vor Mülhausen schnell marschiert, so werden wir von nun an noch schneller vorwärts kommen. Und das ist notwendig, wenn wir den Organisationen der Unternehmer nachkommen wollen. Und das müssen wir, wollen wir von ihnen als Macht anerkannt werden, die sie unter allen Umständen respektieren müssen.

Darum: Vorwärts mit frischem Mute, mit neuer Kraft! Werde uns Mülhausen zu neuem Ansporn zu ununterbrochener rastloser Arbeit an dem Ausbau unseres Verbandes, der uns mehr und mehr eine Waffe werden wird im Kampfe um unsere Befreiung aus der kapitalistischen Knechtschaft!

Die Aussperrung in Nachen.

Man schreibt uns aus Nachen:
Ein Wort der Kritik über die Erklärung des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter, welche wir in voriger Nummer des „Textilarbeiters“ gebracht haben, schreiben, siehe die Wirkung derselben auf jeden recht denkenden Menschen abzuwarten.

Die Streikenden haben laut Beschluß am 26. April die Arbeit wieder aufgenommen, insofern die Aussperrung seitens der Arbeitgeber aufgehoben wurde. Die Verhandlungen des Ausschusses mit der Firma führten zu einem günstigen Resultat und beschloß die Belegschaft mit 140 gegen 80 Stimmen, sich einstellend hiermit zufriedener zu geben. Von einzelnen Arbeitern erhalten die Arbeiter bis 2. März mehr pro Stück. Aller Gemeinheit legt die „Textilarbeiter-Zeitung“, Organ des „Christlichen“ Verbandes, in Nr. 17 die Krone auf. Sie schreibt über die Vorgänge am 17. April: „Neben den Schreibern der „Genossen“ Feinhals hatte ein reichliches Quantum Schnaps einen

Teil der Arbeiter in die nötige Stimmung versetzt. Von beteiligten Arbeitern wurde uns versichert, das Resultat wäre ein ganz anderes gewesen, wenn der Schnaps nicht wäre.“

Und das Blatt nennt sich ein christliches. Wir möchten aber an dieser Stelle die Arbeiter bitten, die betreffende Nummer nach sorgfältigem Durchlesen aufzubewahren als ein Denkmal der Schande in der „christlichen“ Arbeiterbewegung. Also, diese Erklärung erschien am 18. April nachmittags. Aber schon morgens gleich nach 8 Uhr flatterte eine Abschrift dieser Erklärung auf sämtlichen Arbeitgeberbüros herum. Ob man zuerst bei sämtlichen Fabrikanten angefragt, ob dieselbe auch weitgehend genug sei, entzieht sich unserer Kenntnis. Das eine sei hier nochmals festgestellt: Wir haben schon am 18. April, morgens 10 Uhr, die Lohnkommission der Streikenden auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. Aber mit dieser Erklärung gab man sich noch nicht zufrieden. In den Zeitungen mit der Devise: „Für Wahrheit und Recht“ goß man ganze Kübel voll Schmutz auf die Streikenden sowie auf die Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes herab. Geradezu Großartiges leistete hierin der „Volksfreund“. Getreu dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel“, bediente sich dessen Redaktion der schmutzigsten Mittel. So bot man sich an, Eide darauf zu schwören, daß die Fabrikanten sich geäußert haben sollten, sie würden lieber mit Herrn Feinhals verhandeln als mit Herrn Sittart. Na, wer aus Gewohnheit lügt, dem wird es eventuell auch auf einen Eid nicht ankommen. Es ist ausdrücklich festgestellt worden, daß Kollege Feinhals noch niemals mit Herr Feinhals verhandelt hat, weil ja bekanntlich die hiesigen „christlichen“ Führer (vielleicht aus Furcht vor Entdeckungen) das Geschäft des Verhandeln allein betreiben haben. Wir sind es ja gewohnt von dieser Sorte Zeitungen, in der gemeinsten Weise angepöbelt zu werden, und sollte es uns gewaltig wundern, wenn wir von dieser Seite anständig behandelt würden.

Aber weber das Verhalten der „christlichen“ Führer, noch die gemeinen Ausfälle ihrer Protoktoren in der Adalbertstraße konnten die Streikenden uneneig machen, wenn auch betont werden muß, daß gerade durch dieses Gebahren die Arbeitgeber in ihrem Starrsinn gestärkt wurden. Noch andere Faktoren suchten in diesem Kampfe „vermittelnd“ einzugreifen, nämlich der Reichstagsabgeordnete Sittart, der die Arbeiter ebenfalls zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit zu bewegen suchte. Besser hätte dieser Herr allerdings der gerechten Sache der Arbeiter geholfen, wenn er seinen zifrigen Parteigenossen, den Arbeitgebern Gustav Kesselkauf, Bohn usw., das Ungerechte ihres Tuns ihren Arbeitern gegenüber klar gemacht und seine Vorehrungen gegen sie, anstatt gegen die Arbeiter gerichtet hätte. Allerdings, die „ausgleichende“ Gerechtigkeit des Herrn Sittart bewährt sich in dem Grundsatze: „Wer viel hat, dem soll gegeben, wer wenig hat, dem soll auch von dem Wenigen genommen werden.“ Ein ungeeigneter als Herr Sittart konnte den Arbeitern als Vermittler nicht geboten werden. Hat man doch den Ausgang des Straßenbahnstreiks noch nicht vergessen, wo ebenfalls durch die ungeruzene Vermittlung des Herrn Sittart die Streikenden bedingungslos die Arbeit aufnahmen und nachher nichts erhielten. Außerdem erinnern sich die Arbeiter gerade jetzt bei der herrschenden Teuerung des großen „Fritums“ des „Volksvereins“ Sittart in der Wahlversammlung im „Kaiserpaal“ im Jahre 1903. Dort behauptete dieser Herr mit dreifacher Stimm: „Ich gebe jedem 100 Mark, der mir nachweist, daß das Brot durch den Zolltarif auch nur um einen Pfennig im Preise steigt.“ Nun, heute kann dieser Volksschullehrer sich den Nachweis von jedem seiner Schüler erbringen lassen.

Dem Herrn sandten wir folgenden Brief:
Herrn Hubert Sittart, hier.
Begunehmend auf Ihre gestrige Erklärung, bezieht: „Zur Aufklärung“, gestatten wir uns, Sie zu der heute Dienstag, abends 8 Uhr, im „Frankenberger Bierkeller“ stattfindenden öffentlichen Versammlung einzuladen. Wir sind, falls Sie in Ihrer Eigenschaft als Reichs- und Landtagsabgeordneter sowie als Volksschullehrer, Erfahrungen und Fachkenntnisse gesammelt haben, die einer für den Weber erfolgreichen Beteiligung der Bewegung förderlich sind, gern bereit, uns diese Erfahrungen von Ihnen vorzutragen zu lassen und eventuell zu nütze zu machen.

Hochachtungsvoll J. A. Jos. Feinhals.
Gefolgt ist er dieser Einladung nicht. Warum wohl nicht??
Unsere „Vollgratlose“ bürgerliche Presse aber, deren Vertreter auf jener interessanten Versammlung sehr eifrig Notizen machten, hat nicht gewagt, auch nur ein einziges Wort zu bringen. Warum? Es ist ihr von einer Seite, an der auch der Gewerberat Storp beteiligt war, der Mund gestopft worden. Am 24. April fanden nun wiederum Verhandlungen zwischen dem Ausschusse und dem Obelmen und Gewerberat Storp statt. Der Ausschuss unterbrach am 26. April der Belegschaft als Ergebnis dieser Verhandlung folgende schriftliche Forderung: „Dem Arbeiterausschusse der Firma A. u. W. Meyer wird hiermit die Zusicherung gegeben, daß die Forderungen der Weber geprüft werden, sobald die Arbeiter die Beschäftigung

